

Protokoll Runder Tisch Kinderarmut 20.08.09

Anwesend: Kristine Voigt, Ulrike Hesselbach, Elisabeth Berndt, Bettina Böttcher, Doris Liefner, Elke Wesche, Ulrich Hagedorn, Ute Klinge, Nicola Pöckler, Maren Spannoudakis, Beate Ulrich, Gisela Bezold, Ilisabe Schwarz, Ilona Nitech, Udo Starke, Jörg Röhmann, Horst Schramm

Entschuldigt: Frau Weddige-Degenhardt, Herr Oberländer, Eva Birthler, Andreas Piltz, Birgit Remper-Hinterland

Protokoll: Ulrich Hagedorn

Nach der Begrüßung durch Frau Klinge stellt Frau Hesselbach kurz die bisherige Entwicklung und die Aktivitäten des Runden Tisches Kinderarmut dar.

Es folgt eine Vorstellungsrunde

Landrat Röhmann begrüßt, dass der Fokus des Runden Tisches nicht nur auf monetäre Aspekte, sondern auch auf die psychosozialen Auswirkungen von Armut gerichtet ist. Nach seiner Ansicht wird in Deutschland viel Geld für Familien zur Verfügung gestellt, es kommt aber nicht dort an, wo es notwendig wäre.

Er beschreibt, wie es durch die Tornister-Aktion des Diakonischen Werkes, die Initiative der CDU-Kreistagsfraktion und die Spende der Mast-Jägermeisterstiftung zum Wolfenbütteler Schulkostenfonds gekommen ist. Der Fonds konnte durch Zuschüsse des Landkreises und der Gemeinden in Höhe von je 1 € pro Einwohner und weitere Spenden auf ein Volumen von 300.000 € gebracht werden. Sehr kurzfristig war eine Einigung über ein Verteilungsverfahren über die Schulen erzielt worden, so dass der Fonds schnell wirksam werden konnte.

Durch verschiedenste Aktivitäten, u.a. die Resolution des Runden Tisches, konnte erreicht werden, dass seit 2009 für ALG II – Empfänger bundesweit zusätzlich 100 € pro Jahr und Kind für Schulmaterialien zur Verfügung stehen. Da aber die Kindergelderhöhung angerechnet wurde, steht den betroffenen Familien der Betrag nicht in voller Höhe zur Verfügung.

Trotzdem besteht der Schulkostenfonds weiter. Neben der Bezuschussung von Schulmaterialien wird das Mittagessen in Schulkantinen und Horten durch den Fonds bezuschusst.

Landrat Röhmann fordert von der Bundespolitik, Kindergarten und Schule als Grundbedürfnisse kostenfrei zu machen und das Kindergeld nach Einkommen zu differenzieren.

In der anschließenden Diskussion herrscht Einigkeit, dass chancengerechte Strukturen nur durch eine systemische politische Lösung zu schaffen sind. Hingewiesen wird auch auf die Wichtigkeit früher Hilfen.

Landrat Röhmann stellt grundsätzlich fest, dass in erster Linie Eltern die Verantwortung für ihre Kinder tragen und jeder Eingriff des Staates dazu führt, dass Eltern weniger Verantwortung übernehmen. Auch weist er darauf hin, dass materielle Armut nicht zwangsläufig mit sozialer Schwäche korrespondiert.

Er berichtet, dass der Landkreis den inhaltlichen und finanziellen Schwerpunkt zunächst auf die Schnittstelle Schule – Beruf gelegt hat. Durch eine Neustrukturierung der vorhandenen Angebote und die Einrichtung von Sozialarbeiterstellen an allen Haupt- und Realschulen wendet der Landkreis erhebliche Mittel auf.

Der Schulkostenfonds soll gemeinsam mit Stiftungen weiterentwickelt werden. Dazu plant der Landrat die Einrichtung Aktionsgemeinschaft, die über die Mittelvergabe entscheidet und weitere Aktivitäten wie Sommercamps mit Nachhilfe für schwache Schüler initiiert.

Von den zusätzlichen Schulsozialarbeiterstellen verspricht Herr Röhmann sich eine Entlastung des ASD im Jugendamt, die frei werdenden Kapazitäten könnten dann im Bereich der frühen Hilfen eingesetzt werden.

Als weiteres Ziel benennt er den kostenfreien Zugang zu Sportvereinen.

Die „Handlungsorientierte Sozialberichterstattung“ des DW soll weitere Erkenntnisse über notwendige Schritte liefern.

In der abschließenden Diskussion betont der Landrat, dass die Schulen alleinige Lernorte sein sollen. Auch unterstützende Aktivitäten müssten dort stattfinden. Besonderer Unterstützung bedürften die Förderschulen. Gleichzeitig seien die Arbeitgeber aufgefordert, verstärkt wieder niedrig qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen, um diesen Beschäftigungssektor zu erweitern. Für die Koordination aller Aktivitäten an der Schnittstelle Schule – Beruf würden beim Landkreis 2 Stellen neu geschaffen. Der Landrat sieht es grundsätzlich als die Aufgabe der Kreisverwaltung an, den Bedarf für Angebote sozialer Arbeit festzustellen und geeignete Dienstleister zur Erledigung der so definierten Aufgaben auszuwählen.

Vor dem Hintergrund der Finanzkrise sei es auch notwendig, Prioritäten zu setzen. Deshalb sei der Schwerpunkt „Übergang Schule – Beruf“ gewählt worden. Andere auch sinnvolle Angebote wie das Hebammenprojekt müssten zunächst zurückgestellt werden.

Mit Dank von Ute Klinge für die Informationen und die engagierte Diskussion endet das Treffen.

Als nächster Termin ist geplant:

Donnerstag, 22. Oktober, 16 Uhr in der EFB